

AStA der Universität Bremen
Universität Bremen
Bibliothekstraße 3, StH
28359 Bremen
Telefon: 0421/218-69733
asta@uni-bremen.de



Bremen, den 14/10/2014

AStA fordert Senat auf, öffentlichen Wohnheimbau zu fördern und die Wohnungssituation in Bremen zu verbessern

Der AStA der Universität Bremen fordert die rot-grüne Landesregierung erneut auf, dem brisanten Wohnraummangel entgegenzutreten. Dies kann nur mit einer weitreichenden Unterstützung des Studentenwerks bei dem Bau öffentlicher Studierendenwohnheime gelingen.

Es ist nun etwa zwei Jahre her, dass die mediale Aufmerksamkeit für das Thema Wohnungsnot und Wohnungssuche für Studierende in Bremen das erste Mal aufflammte. Seitdem kehrt das Thema jedes Wintersemester wieder, wird jedoch nur halbherzig behandelt, ohne dass eine tatsächliche Verbesserung der Situation stattfindet. Noch immer gibt es im Land Bremen nur etwa 2000 öffentliche Wohnheimplätze, etwa sieben Prozent der Studierenden in Bremen und Bremerhaven können so bezahlbaren Wohnraum beanspruchen. Das Studentenwerk Bremen hat sogar ausgearbeitete Pläne für mind. zwei neue Wohnanlagen, diese scheitern an der mangelnden Unterstützung durch die Regierung.

„Das Land Bremen muss endlich die Finanzierung für öffentliche Wohnheime unterstützen und damit den Bau neuer Wohnheime für Studierende ermöglichen. Der Bau von privaten und kommerziellen Wohnheimen wie The FIZZ oder Campus Viva, darf nicht mehr stattfinden. Die Rot-Grüne Landesregierung muss für bezahlbaren und sozialverträglichen Wohnraum sorgen“, so Jannik Sohn aus dem Referat Politische Bildung & Soziales des AStA Uni Bremen.

Der private Wohnungsmarkt kann keine Alternative für wohnraumsuchende Studierende sein. Zum einen müssen diese meist einen Spießrutenlauf von WG-Castings und Wohnungsbesichtigungen ertragen, bevor sie ihr Studium starten können. Darüber hinaus steigen die Mieten für WG-Zimmer und Ähnliches immer weiter an. Studierende mit einer prekären finanziellen Situation kommen so in große existenzielle Schwierigkeiten.

„Die gesamte bremische Wohnungspolitik braucht ein Umdenken. Eine weitere Privatisierung und Kommerzialisierung des Wohnungsmarktes muss verhindert und stattdessen in öffentliche Projekte und sozialen Wohnungsbau investiert werden. Sonst entsteht eine Situation wie in vielen anderen deutschen Großstädten. Der Wohnungsmangel ist dabei kein Problem welches nur Studierende betrifft.“, ergänzt Jan Leifheit von der Hochschulliste campus grün.

Für weitere Fragen steht Ihnen das Referat für Politische Bildung & Soziales (Jannik Sohn) des AStA Uni Bremen gerne zur Verfügung. E-Mail: soziales@asta.uni-bremen.de / Tel.: 0421 218 69741 oder 015156065547